

MIB

DIE LINKE.

Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 4 am 19. April 2011



Worin besteht der Gebrauchswert der LINKEN?

Dieser Frage müssen wir uns nach den Wahlergebnissen der letzten Monate in aller Konsequenz stellen. Der Abwärtstrend unserer Partei ist weder der Atomkatastrophe in Japan noch der Wahlkampfführung in einzelnen Bundesländern anzulasten, er hatte längst vorher begonnen. Eben so wenig wird die unter der Überschrift „keine Personaldebatte“ munter geführte Diskussion über die personelle Führung der Partei uns von der Beantwortung dieser Frage entbinden, wenn wir den Trend umkehren wollen.

Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von der Politik Antworten und Hilfen in ihrem ganz alltäglichen Leben. Hierzu sind Parteien ein Sprachrohr für Protest und Interessensvertretung. Parteien müssen jedoch vor allem klar erkennbar machen, WOHIN und WIE sie die Gesellschaft entwickeln wollen. Die Menschen erwarten zu Recht keine Versprechen für eine ferne Zukunft,

sondern gangbare Wege aus dem Heute.

Die LINKE steht für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Gerade deshalb muss unsere Partei eine ökologische Partei sein, denn die Ressourcen unserer Erde sind begrenzt und die Kämpfe um deren Verteilung und Nutzung sind in vollem Gange, auch im eigenen Land. Mit der Katastrophe von Fukushima will die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung möglichst schnell aus der Nutzung der Atomkraft zur Energiegewinnung aussteigen. Dies wird jedoch weder automatisch noch zum Nulltarif zu bekommen sein. Deshalb müssen wir sehr konkrete Vorschläge z. B. zur Rekommunalisierung der Energieerzeugung, zur Förderung erneuerbarer Energien, zur Kontrolle der Netze und deren Überführung in die öffentliche Hand vorlegen. Wir müssen mit Bürgerinnen und Bürgern überlegen, wie sie die Entscheidungs-

kämpfen. Es geht eben nicht darum die LINKE grün anzumalen, sie muss selbst grün sein, um die vor uns liegenden Aufgaben im Ganzen anzupacken. Weder in der Energiefrage noch bei anderen Themen dürfen wir uns auf Einzelaspekte beschränken. Soziale Gerechtigkeit ist der Kampf für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Überwindung von Hartz IV, aber auch der Streit um sichere Perspektiven für junge Nachwuchswissenschaftler/-innen. Der Kampf für Mindestlöhne ist wichtig, löst aber nicht die Realität der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen in allen Einkommensgruppen auf. Der Kampf zum Erhalt der paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssysteme ist unabdingbar, beantwortet aber nicht die Fragen der vielen freiwillig oder unfreiwillig Selbstständigen nach ihrer Versorgung und Absicherung.

Die LINKE darf sich weder selbst, noch durch die öffentliche Wahrnehmung auf einzelne Gerechtigkeitsfragen reduzieren lassen. Sie muss die Partei für den Alltag sein und gangbare Wege entwickeln, wie die Gesellschaft sozial gerechter und somit ökologisch sowie demokratisch vorangebracht werden kann - das ist eine Menge Arbeit und lässt viel Neugierde und Freude zu, wer und was uns auf diesem Wege begegnen mag.



befugnisse z. B. über Energiegewinnung vor Ort bekommen. Gleichmaßen muss die LINKE für die Bezahlbarkeit der Energie für alle, also für Bürgerinnen und Bürger, z. B. durch Sozialtarife, aber auch für Unternehmen

Dr. Barbara Höll

Landesrechnungshof bestätigt langjährige Kritik der LINKEN am City-Tunnel Leipzig

Kaum war Ende März unsere bislang vierte Broschüre zum City-Tunnel Leipzig (CTL) unter dem programmatischen Titel „Milliardengrab führt zu Kürzungsorgie beim Nahverkehr“ fertig, machten neue Horrormeldungen zum größten Infrastrukturprojekt des Freistaates die Runde. Zunächst musste Wirtschaftsminister Sven Morlok in Beantwortung einer Kleinen Anfrage von uns einräumen, dass nunmehr anteilige Baukosten für Sachsen in Höhe von knapp 600 Millionen € drohen - also wesentlich mehr, als die ursprünglich geplante Gesamtbausumme von 572 Millionen Euro. Doch das Grauen über das größte Debakel der sächsischen Verkehrspolitik wurde noch größer, als am 6. April der Sächsische Landesrechnungshof sein lang erwartetes Gutachten zum CTL in Dresden der Öffentlichkeit vorstellte. Auf 97 Seiten, ergänzt um mehrere Anlagen, listen die Rechnungsprüfer akribisch ein Register von Planungsfehlern, ein Wirrwarr an Zuständigkeiten, einschließlich der Fördermittelbeantragung, sowie miserables Management der komplexen Abläufe auf.

Damit stellte der Landesrechnungshof der Staatsregierung ein in jeder Hinsicht miserables Zeugnis aus. Mit dem Bericht wird nunmehr deutlich, dass der mehrfach verschobene, seit geraumer Zeit nun auf Dezember 2013 gelegte, Eröffnungstermin für den City-Tunnel Leipzig wackelt. DIE LINKE in Leipzig und darüber hinaus sieht sich damit zum ersten Mal auf der Basis eines komplexen unabhängigen Gutachtens in ihrer von Beginn an geäußerten grundsätzlichen Kritik an dem unsinnigen City-Tunnel nachdrücklich bestätigt. Das Projekt erweist sich als Steuergeld verschlingender Moloch, der schlecht geplant war, in einer Reihe von Details bedenklich ausgeführt wurde und mit dem aktuellen Streit um den Ausbau bestimmter überirdischer Stationen seinen verbliebenen Rest-Nutzen endgültig zu verlieren droht. "Eine zeitliche Verschiebung der Fertigstellung der Netzergänzenden Maßnahmen würde die gesamte

Inbetriebnahme des City-Tunnels Leipzig zum Fahrplanwechsel 2013/2014 gefährden. Deshalb muss alles daran gesetzt werden, die netzergänzenden Maßnahmen rechtzeitig fertig zustellen", heißt es in der vornehmen Sprache der Gutachter zu dem drohenden nächsten Skandal, denn der März 2011 verlief ohne den Planfeststellungsbeschluss für das Teilprojekt Engelsdorf-Stötteritz-Gaschwitz. Offenbar steht es noch schlimmer um den Abschluss des Projekts, denn inzwischen ist Mitte April und von einem vorliegenden Planfeststellungsbeschluss ist immer noch nichts zu hören. Damit befindet sich der City-Tunnel mit Blick auf die öffentlich angekündigte Inbetriebnahme auf einem kritischen Pfad.

Deshalb ist es eine Sache, ein haarsträubendes Register von Verantwortungslosigkeit und Schlendrian aufzuzählen, wie dies nun der Landesrechnungshof tut. Aber es ist eine andere Sache - der sich DIE LINKE verpflichtet fühlt - die Gegenposition aufzumachen und klar auf die Profiteure des City-Tunnels zu verweisen, die sich über Jahre hinweg in schamloser Weise die Taschen vollgesackt haben. Augenscheinlich war es mangelnde Sorgfalt und unzureichende Aufsicht, die dazu führten, dass sich der City-Tunnel für die Baukonzerne zu einer Art Selbstbedienungsmaschine für teure Aufträge und ebenso teure Nacharbeiten auswachsen konnte. Es ist außerdem erschütternd zu lesen, dass die Beantragung der für das Gelingen des Projekts unverzichtbaren EFRE-Mittel (anfänglich sollte rund ein

Drittel der Baukosten aus diesem Finanztopf der EU kommen) "nicht mit dem notwendigen Nachdruck" verfolgt wurde. Werden die Versager zur Verantwortung gezogen? Wenn es im gesamten Ablauf des Großprojekts City-Tunnel Leipzig mit all seinen Irrungen und Wirrungen überhaupt eine Konstante gegeben hat, dann dass ein immer größerer Zahlbetrag beim Freistaat Sachsen hängen bleibt, und zwar mit äußerst zweifelhaftem Nutzen der maßlos überbeuerten Röhre.

Da mutet es fast schon als ein Problem am Rande an, dass die Verantwortlichen bereits 2005, also vor dem Vortrieb der Röhren, genau wussten, sie würden den steif und fest behaupteten Fertigstellungstermin 2009 nicht halten können. Dieser Teil des Skandals dringt mit sechsjähriger Verzögerung nun endlich an die Öffentlichkeit. Damit bleibt der City-Tunnel Leipzig, worauf DIE LINKE bei vielen Gelegenheiten hingewiesen hat, nicht ein Bauwerk schlechthin, sondern vor allem ein extrem wackliges Gebäude aus Falschinformationen, Halbwahrheiten und hilflosen Erklärungsversuchen. Im Wählerauftrag, genauer hinzuschauen, wer die politische Verantwortung für die unfassbaren Vorgänge rund um den City-Tunnel Leipzig und die hemmungslose Vergeudung von Steuergeldern trägt, sieht DIE LINKE auch weiterhin eines ihrer zentralen politischen Anliegen. Der Bericht des Rechnungshofs hat DIE LINKE in dieser Auffassung nachhaltig bestärkt.

Dr. Volker Külöw
Dr. Dietmar Pellmann

Einberufung der 3. Tagung des 2. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Die 3. Tagung des 2. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den 18. Juni 2011 von 9:00 bis 18:00 Uhr einberufen.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung

2. Konstituierung
3. Referat des Vorsitzenden
4. Diskussion zum Referat und zu den Integrationspolitischen Leitlinien
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Jahresrechnung 2010
7. Beschluss Integrationspolitische Leitlinien
8. Anträge
9. Schlusswort

Antragsschluss ist der 25. Mai!

Liebknecht-Haus wird energetisch saniert und erhält Solarstromanlage

Was lange währt, wird endlich gut, sagt der Volksmund. Nachdem diverse Parteitage- und Stadtvorstandsbeschlüsse den Weg geebnet haben, soll nunmehr Anfang Mai 2011 die denkmalgerechte Restaurierung und energetische Sanierung des Liebknecht-Hauses mit einem Finanzaufwand von insgesamt 40.000 Euro in Angriff genommen werden. Da das Haus in der Braustraße 15 bekanntlich ein Baudenkmal ist, hat der Denkmalschutz strenge Auflagen für die Sanierung der Fassade und des Eingangsbereichs (Ostgiebel) erteilt, die von uns selbstverständlich eingehalten werden. Erfreulicherweise wurde uns aber auch die Erlaubnis gegeben, auf dem Süddach eine Photovoltaikanlage zu installieren, mit der

wir künftig nicht nur den Eigenbedarf an Strom decken können, sondern ca. 30 Prozent des Stromüberschusses in das öffentliche Netz einspeisen und mit der entsprechenden Vergütung im Verlauf der nächsten Jahre die Kosten der Anlage refinanzieren werden. Es ist auch beabsichtigt, über ein Anzeigedisplay die jeweils aktuellen Leistungsdaten der Solarstromanlage am Gebäude oder im Eingangsbereich des Hauses zu präsentieren.

Mit dieser alternativen und nachhaltigen Form der Stromerzeugung setzt DIE LINKE Leipzig ein weithin sichtbares Zeichen, dass der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft von uns nicht nur programmatisch - wie beispielsweise

mit den am 30. Oktober 2010 verabschiedeten „Ökologischen Leitlinien zur Klima- und Energiepolitik“ - vorangetrieben, sondern im Kleinen auch ganz konkret befördert wird. Im Namen des Stadtvorstandes danke ich an dieser Stelle nochmals denjenigen Genossinnen und Genossen ganz herzlich, die mit ihren Spenden diesen originellen Beitrag der Leipziger LINKEN für eine linke Umweltpolitik ermöglicht haben. Die feierliche Präsentation der Sanierungsergebnisse nebst Einweihung der Solarstromanlage ist für Samstag, den 13. August 2011 vorgesehen, wenn wir mit einem kleinen Fest den 140. Geburtstag von Karl Liebknecht begehen.

Dr. Volker Külöw

Anti-Atom Demo erfolgreich - Die nächste steht schon an!

Am 21. März haben circa 600 Menschen in Leipzig gegen die Atompolitik von Schwarz-Gelb und für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie demonstriert. In hunderten anderen Städten - nicht nur der Bundesrepublik - gingen ebenfalls Menschen auf die Straße. Die Demo in Leipzig wurde vom Bündnis gegen Atomkraft angemeldet. In diesem Bündnis sind unter anderem die Linksjugend Leipzig und DIE LINKE Leipzig Mitglied.

Gerade bei dieser Demonstration hat sich auch der Jugendverband eingebracht. Während das Bündnis zunächst nur eine Mahnwache angedacht hatte, setzte sich die Linksjugend Leipzig für eine Demonstration ein. Das hatte vor allem den Grund, dass wir als Jugendverband neben der berechtigten und angemessenen Trauer für die Betroffene

nen in Japan auch eine Politisierung der Vorfälle in Japan für notwendig hielten und auch immer noch halten. Schließlich ist das, was da in Japan passiert, eben nicht irgendeine Katastrophe, die einfach so über die Menschen gekommen ist, sondern die Realisierung desjenigen Risikos, welche Atomkraft mit sich bringt.

Genau diese Feststellung wurde auch in der Demonstration von mehreren Teilnehmenden mehrfach vorgetragen. Die Demo, die von uns für das Bündnis angemeldet und moderiert wurde, zog durch die Innenstadt und über den Ring. Zwischenkundgebungen gab es an dem Büro der Stadtwerke und der lokalen Siemens-Zentrale. Es wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass die Stadtwerke Leipzig immer noch Atomstrom beziehen und Siemens

Atomkraftmeiler in aller Welt und sogar die atomare Rüstung des iranischen Regimes aktiv unterstützt. Auf der Zwischenkundgebung an den Stadtwerken wurde außerdem darauf eingegangen, welche Rolle wir als Bürgerinnen und Bürger spielen können, um die Stadtwerke von ihrem Atomkurs abzubringen.

Aber das war und kann nicht das Ende sein: Denn am 26. April wird die nächste Demo stattfinden. An diesem Tag nämlich jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 25. mal. Das Bündnis gegen Atomkraft Leipzig ruft deshalb zu einer größeren Demonstration gegen Atomkraft auf. Treff ist 18:00 Uhr am Augustusplatz.

Marco Böhme
für die Linksjugend Leipzig

AG cuba si Leipzig

Dienstag, 10.05.2011, von 15:00 bis 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Sammelaktion materieller Spenden für Kuba

Was wird vor allem benötigt?

1. Medizinische Hilfsgüter; z. B. Verbandsmaterial, medizinische und zahnmedizinische Instrumente, Verbrauchsmaterial, Reinigungs- und Hygieneartikel, Frauenhygieneartikel, medizinische Geräte, wie Sterilisatoren, EKG Geräte, Röntgengeräte, OP Lampen, Blutdruckmessgeräte, Stetho-

skope etc., Windeln, Körperpflegemittel, Brillen (maximal 5 Jahre alt) etc.

Wichtig: Keine Medikamente mehr als Hilfsgüter spenden!

2. Bettwäsche, Handtücher, Geschirrtücher

3. Schul- und Bürobedarf

4. Didaktisches Spielzeug und Musikinstrumente

5. Arbeitsmittel; Arbeitsbekleidung, Arbeitshandschuhe, Arbeitsschuhe, Gummistiefel, Schutzhelme, Werkzeuge und Maschinen aller Art für Metall-, Holz- und Baugewerbe, Ersatzteile für LKW (IFA), Autoreifen Größe

165/13 und 175/13 (Lada), Werkzeuge und Geräte für die Landwirtschaft, Pumpen, Motoren und Generatoren (Diesel), Klempner- und Installationsmaterial, Schrauben, Nägel, Unterlegscheiben etc.

6. Fahrräder; Fahrräder aller Größen ab Baujahr 1998, Ersatzteile aller Art, Bereifung und Flickzeug.

7. Möbel (stabil); Möbel zur Einrichtung von Büros, Küchen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen wie z. B. Stühle, Tische und Schreibtische, Regale, Lampen, Schränke usw.

Eine lebendige und anregende Diskussion zum Papier zur Zukunft der Arbeit (Linksjugend)

Die Linksjugend hat zur Debatte über die Zukunft der Arbeitswelt aufgerufen und die AG Soziale Politik hat die Einladung angenommen.

Die Anwesenden werteten das Diskussionspapier als gelungene, zur Diskussion herausfordernde, Grundlage. Dafür gebührt unseren jungen Leuten Dank und Anerkennung.

So wie sich der Jugendverband in einem längeren Diskussionsprozess mit der Problematik beschäftigt hat, konnte auch die AG Soziale Politik auf entsprechende Erfahrungen zurückgreifen. Sie initiierte dazu bereits wiederholt entsprechende Diskussionszyklen, so unter anderem bereits 2006 mit dem damaligen Sozialforum Leipzig eine Debatte zum so genannten bedingungslosen Grundeinkommen. In der aktuellen Programmdebatte entstanden aus vier Diskussionsrunden gemeinsam mit der AG b&g zahlreiche Änderungsanträge, die sich gleichermaßen mit diesem Problembereich beschäftigen.

Mit dieser Vorbereitung fand denn auch eine freimütige und offene Aussprache statt, die von den Teilnehmern mit dem

Wunsch nach einer Fortsetzung anerkannt wurde.

Eingangs wurden in direkter Anlehnung an das Diskussionspapier drei Themenkomplexe formuliert, die lebhaft debattiert wurden.

Erstens: Warum wird unter Linken der Arbeitsbegriff zu oft auf Lohnarbeit verkürzt, obwohl diese Form historisch-dialektisch doch „nur“ den entwicklungsgeschichtlichen „Moment“ der kapitalistischen Produktionsweise charakterisiert? Als zielgerichtete und schöpferische Tätigkeit des Menschen (siehe Diskussionspapier) bestimmt, erübrigen sich die Versuche, alle Formen dieser Tätigkeit (Lohnarbeit, Erziehung, Kunst, Kultur, Politik usw.) zu erfassen.

Zweitens: Warum diskutieren wir mehr über den Zwang zur Arbeit, statt über Wege zur Überwindung des Warencharakters der Arbeit (-kraft)? Ausbeutung im Interesse des Profits ist letztlich die Ursache der Zwänge in der Arbeitswelt und von Erwerbslosigkeit.

Drittens: Warum stellen wir Arbeit als Feld der Selbstverwirklichung des

Menschen in Frage? Erst die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse entscheiden, in welchem Maße dies realisierbar und eben nur eingeschränkt möglich ist.

Es wurde bei weitem keine abstrakte theoretisierende Debatte. Im Gegenteil, sehr schnell standen aktuellste Fragen der Gegenwart im Mittelpunkt. Beispielhaft seien genannt:

- Erwerbslosigkeit ist nicht die Folge von wissenschaftlichem Fortschritt und steigender Arbeitsproduktivität, sondern dem Profitstreben geschuldet. Eine andere gesellschaftliche Organisation und Verteilung, sowie Arbeitszeitverkürzung ermöglichen durchaus eine Art Vollbeschäftigung. Gerade die sozialen Bewegungen fordern seit langem eine Arbeitszeitverkürzung aus 30 Stunden/Woche bei vollem Lohnausgleich.

- Arbeit, auch Lohnarbeit, hat durchaus eine Identität stiftende Rolle. Deshalb steht hinter der Forderung nach Arbeitsplätzen nicht nur die Frage der Existenzsicherung, sondern auch die Überwindung von sozialer Isolation.

Armutsstaat Sachsen – oder warum Schilda in Sachsen liegt

Zum 1. Januar 2011 änderte sich die Finanzierung der anerkannten Insolvenzberatungsstellen durch den Freistaat. Wurden bisher rund 53 anerkannte Beratungsstellen im Rahmen von sog. Fallpauschalen gefördert, so ist diese Förderung zum Ende des Jahres ausgelaufen und von einer sog. Projektförderung abgelöst worden.

Diese Umstellung führt dazu, dass nach jetzigem Sachstand lediglich nur noch 29 Stellen in Sachsen gefördert werden. Dies ist gleichbedeutend mit einer immensen Ausdünnung der Beratungslandschaft und einer Halbierung des Beratungsangebots der Insolvenzberatung der freien Wohlfahrtspflege. Die Folgen für überschuldete Haushalte und damit insbesondere arbeitslose Familienvorstände, alleinerziehende Elternteile und von Altersarmut betroffene Rentnerinnen und Rentner sind dramatisch. Bezogen auf Leipzig bedeutet dies, dass zukünftig nur noch ca. jede 2. aller Beratungsstellen ge-

fördert wird, bzw. überhaupt noch als Insolvenzberatungsstelle unentgeltlich tätig sein kann.

Betroffene bleiben weiterhin in der Armutsspirale gefangen, statt zeitnah eine 2. Chance auf gesellschaftliche Reintegration geboten zu bekommen. Sofern überhaupt noch, wie bisher, eine kostenlose Unterstützung bei der privaten Entschuldung geboten werden kann, wird die Dauer der „Verschuldungskarriere“ künstlich in die Länge gezogen. Damit bleiben Zwangsmöglichkeiten der Gläubiger (etwa Lohn- und Kontopfändungen) auf die Schuldner auch während der Tätigkeit der Schuldnerberatungsstelle dauerhaft bestehen, da durch das Wegsparen geeigneter Beratungsstellen, mit erheblich höheren Warte- und Bearbeitungszeiten bei den verbliebenen Beratungsstellen gerechnet werden muss. Dazu kommt, dass nicht nur in städtischen sondern auch in ländlichen Gebieten so manche Beratung gar nicht

mehr stattfinden wird, weil die (auch geographische) Ausdünnung von Beratungsangeboten, gerade die Zielgruppen besonders trifft für die Mobilität kein Grundrecht sondern mühselige Finanzierungslast ist.

Was sich also als Reform ausnimmt, ist in Wahrheit ein Kürzungsprojekt, bei dem in Kauf genommen wird, dass viele Betroffene nicht später, sondern gar nicht in den Genuss einer zweiten Startchance gelangen. Das hierbei ganze Familien auf Dauer in der Armutsspirale gefangen bleiben, wird billigend in Kauf genommen.

Da stört es wenig, dass die sog. Projektförderung, mit einem Förderzeitraum von angedachten 3 Jahren, dem Grundgedanken des sächsischen Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung (in alter Form) widerspricht, nach dem die Beratungsstellen auf Dauer angelegt sein sollen. Sind durch das Projektmodell die geeigneten Stellen mangels Finanzierung erst einmal ausgedünnt,

Hier spielt auch die vom herrschenden System – durchaus erfolgreiche – praktizierte Entsolidarisierung von Erwerbslosen und Erwerbstätigen hinein.

- Der Stigmatisierung von Erwerbslosen muss offensiver begegnet werden: Die Steuerzahler finanzieren Hartz IV?

- Aber: auch Erwerbslose zahlen Steuern und Abgaben, finanzieren faktisch ihre eigene Notlage!

- Eine spannende Diskussion wurde zum Umgang mit der Losung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“

12. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Todesmärsche 1945 am 8. Mai 2011

Angesichts der Zunahme von Aktionen rechtsextremer Gruppierungen in der Stadt Leipzig und im Umland wollen wir das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Geschichte wach halten und erweitern mit dem Ziel, dass nie wieder so etwas geschehen kann. Der Gedenkmarsch in Leipzig und im Leipziger Land soll als ein Ereignis zum Gedenken wahrgenommen werden, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neonazis fördern, die Demokratie stärken, Mut machen, sich klar für demokratische Parteien und gegen rechte Parteien zu entscheiden und damit

geführt. Ist sie reaktionär/klerikal oder revolutionär? Eine historische Betrachtung wird zum Ergebnis kommen, dass – wie so oft – ihre Anwendung für beide Positionen benutzt wurde. Es ist zu fragen, warum wir als Linke nicht bewusst den revolutionären Charakter in den Mittelpunkt stellen? Schließlich haben Bauernkrieger, Schlesische Weber und andere Klassenkämpfer unter dieser Forderung klar differenziert zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern.

ein deutliches Zeichen für Demokratie, Frieden und Menschlichkeit und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus setzen.

Ablauf

8:30 Uhr Abfahrt mit Bus von Leipzig Hbf-Ostseite nach Abtnaundorf

9:00 Uhr Mahnmal in Abtnaundorf / Theklaer Straße

9:30 Uhr KZ der Erla-Werke Heiterblick Straße 26/28

10:00 Uhr KUNDGEBUNG am ehem. KZ-Außenlager der HASAG, Kamenzer Straße 10, mit der Wiedererrichtung der nun zum 3. Mal geschändeten Ge-

Abschließend kann eingeschätzt werden, dass solche Diskussionsrunden, vor allem auch mit unseren jungen Linken, spannend und gewinnbringend sind. Sie helfen vor allem dem besseren gegenseitigen Verständnis und unterstützen die Suche nach Wegen der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Petra Weißfuß

Sprecherin der AG Soziale Politik

denktafel.

10:30 Uhr Besichtigung des Gedenkstätte für Zwangsarbeit – Leipzig, Permoser Straße

11:00 Uhr Abfahrt mit Bus in Richtung Deuben

12:50 Uhr Bennewitz / Gedenkstein am Jugendhaus

14:00 Uhr Gedenken auf dem Friedhof Wurzen, Kranzniederlegung

15:00 Uhr Rückfahrt nach Leipzig zur KUNDGEBUNG, um 15:30 Uhr - Lindenaumer Markt

www.leipzig-gedenkt.de

www.gedenkmarsch-leipzig.de

ist eine seit Jahren eingespielte und funktionierende Beratungsstruktur ohnehin zerschlagen.

Darüber hinaus findet im Rahmen der Umstellung ein häufiges Auseinanderfallen von sozialer Schuldnerberatung und Insolvenzberatung statt. War bisher in den meisten Fällen ein nahtloser Übergang von der sozialen Schuldnerberatung in die Insolvenzberatung unter Beibehaltung des gleichen Sachbearbeiters möglich, so wird die Umstellung dazu führen, dass immer häufiger 2 Berater den gleichen Fall neu aufrollen müssen, was zusätzlich zu erheblich längeren Bearbeitungszeiten führen wird.

Besonders paradox ist das Vorgehen der Landesregierung, weil dabei die wieder steigende Zahl von Insolvenzverfahren unberücksichtigt bleibt. Bereits im Januar 2011 wurde bekannt, dass die für diesen Bereich für 2010 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, nicht ausreichen. Somit erhalten mehr Beratungsbedürftige ein weniger an Beratungsleistung. Gerade auch vor

dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit der Verbraucherinsolvenzordnung (Entlastung von Justiz und Unternehmen vor Dauerrechtsverfolgungen mit unklarem Ausgang), ein politischer Lapsus aller erster Güte.

Fazit: Die Änderung der Finanzierung der Insolvenzberatungsstellen in Sachsen wird zu erheblich längeren Wartezeiten führen. Es werden mehr Betroffene als bisher den Weg zu kommerziellen Schuldenregulierern gehen oder im Schuldendilemma gefangen bleiben.

Nach Auskunft der Wohlfahrtsverbände wird dabei sogar der gewünschte Einspareffekt im Landeshaushalt ausbleiben. Schon jetzt fehlen der Landesregierung Chemnitz die Gelder, um die letzte Quartalsabrechnung 2010 zu bezahlen, wofür der unerwartete Anstieg an Bratungsnachfragen ursächlich ist. So stieg die Zahl der angemeldeten Verbraucherinsolvenzen im November 2010 um 9% ggü. dem Vorjahresmonat.

Folglich muss die gerade von CDU &

FDP eingeführte Finanzierungsänderung als bereits im Geburtsmoment misslungen angesehen werden.

Die Bekämpfung der Armut ist damit gescheitert, man begnügt sich mit ihrer Verwaltung. Statt Armut wirksam zu bekämpfen, werden allerorten Zuschüsse für soziale Einrichtungen gekürzt.

Dies ist das wahre Mantra einer Sozialpolitik die mit Euphemismen wie „Projektförderung“ arbeitet, um rigide Sparmaßnahmen zu betreiben. Damit kann einer Landesregierung, die sich die Bekämpfung von Armut als Ziel gesetzt hat, das Zeugnis „ungenügend“ ausgestellt werden. Gerade auch, weil die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen sich von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abkoppelt: 2010 wurde ein Insolvenzrekordjahr. Passend dazu wird für Beratungssuchende in Sachsen der Weg zur Entschuldung in 2011 eine „tour de force“. Soziale Hoffnungslosigkeit inklusive.

Frank Elian

Leiter der GSB Gem.

Schuldnerberatung Sachsen e. V.

Linksfraktion erwartet Position des Oberbürgermeisters zur Aufforderung des Landesrechnungshofes, über die Tunnel-Mehrkosten neu zu verhandeln

Seit dem 6. April ist das Gutachten des Sächsischen Landesrechnungshofes zum City-Tunnel bekannt. Die Linksfraktion wird sich damit noch intensiv auseinandersetzen.

Insbesondere die Aufforderung, über die Mehrkostenaufteilung erneut zu verhandeln, kann für die Stadt weitreichende Konsequenzen haben. DIE LINKE hat eine weitere finanzielle Beteiligung der Stadt unter Bezug auf die bestehenden Verträge bereits in der Vergangenheit abgelehnt und steht zu dieser Position.

In einer Anfrage für die Ratsversammlung am 20. April 2011 erwartet die Linksfraktion eine Position des Oberbürgermeisters dazu.

Jens Herrmann
Verkehrspolitischer Sprecher

Es knirscht im Gebälk der Arbeitsmarktförderung!

Spätestens mit dem Artikel in der LVZ vom 5. April 2011 auf Seite 17 über die AGH-Maßnahmen bei der Kirchlichen Erwerbsloseninitiative Leipzig (KEL) wurde unmissverständlich klar, dass in Leipzig die Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes in Größenordnung zurückgefahren werden. Denn nicht nur die KEL hat mit der Bewilligung von Maßnahmen zu kämpfen, auch die Kleingärtner hatten vor kurzem im gleichen Medium darüber geklagt, dass ihre AGH-Stellen für den Streifendienst vom Jobcenter nicht mehr weiter bewilligt wurden. Darüber hinaus mehren sich bei mir die Anrufe von Trägern der Beschäftigungsförderung, die sich über die Nichtbewilligung bzw. die erheblich gekürzte Bewilligung ihrer Maßnahmen beschweren.

Der Grund für die „Streichorgie“ des Jobcenters bei den AGH-Maßnahmen liegt in einer drastischen Reduzierung der für diese Maßnahmen vorgesehenen Mittel durch die Bundesregierung. Ständen der ARGE Leipzig 2010 noch

rund 52 Millionen € für so genannte Marktersatzleistungen zur Verfügung, so sind es in diesem Jahr nur noch rund 24 Millionen, also weniger als die Hälfte. Doch damit nicht genug. Für das nächste Jahr hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schon weitere erhebliche Kürzungen für diesen Bereich angekündigt.

Als Grund dafür kann vermutet werden, dass die Bundesregierung, die ja die Kommunen zukünftig mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter entlasten will, an dieser Stelle einspart. Außerdem denkt man wohl auch, dass bei einer Verbesserung des Arbeitsmarktes die Beschäftigungsförderung nicht mehr im bisherigen Umfang nötig sei. Für wirtschaftlich gut aufgestellte Regionen, vor allem im Süden Deutschlands, mag das zutreffen. Für Regionen mit einer verfestigten Langzeiterwerbslosigkeit, wie dies in Leipzig der Fall ist, sind Mittelkürzungen in diesem Umfang jedoch „tödlich“. So hat sich der Rückgang bei den Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt nach Auskunft des Jobcenters Leipzig bereits negativ auf die Arbeitslosenstatistik des Jobcenters ausgewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist angestiegen.

Bei der Kürzung der Mittel um mehr als die Hälfte kann man davon ausgehen, dass alle Träger der Beschäftigungsförderung von Kürzungen im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betroffen sind. Die Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat wird deshalb in Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE im Bundestag die freien Träger Leipzigs zu einem Gespräch einladen, um gemeinsam die Auswirkungen dieser Kürzungsorgie auf den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt auszuloten.

Naomi-Pia Witte
Sozialpolitische Sprecherin

Sanierung der Sicherheitsbeleuchtung in der Musikalischen Komödie kann nur erster Schritt sein, weitere müssen unverzüglich folgen

Nach der Dienstberatung des OBM vom 5. April wurde bekannt, dass die Stadt in der Musikalischen Komödie eine neue Sicherheitsbeleuchtung ein-

bauen wird. Zudem soll die Sanierung der Sanitäranlagen und Brandschutzmaßnahmen vorbereitet werden. Die Stadt investiert hier 100.000 Euro, die Oper selbst beteiligt sich mit 170.000 Euro.

Der Bedarf ist absolut unstrittig. Denn die heitere Muse ist – will sie denn ihr Publikum wirklich überzeugen – harte und schweißtreibende Arbeit. Duschen sind demnach für einen Theaterbetrieb unverzichtbar und die der Muko sind derzeit unzumutbar!

Wir begrüßen das Engagement des OBM auch vor dem Hintergrund unseres unlängst eingebrachten Antrags, das Haus Dreilinden vollständig zu Ende zu sanieren und den dringend benötigten Anbau zu realisieren. Bei der Abstimmung in einer der nächsten Ratsversammlungen kann Oberbürgermeister Jung zeigen, dass er es wirklich ernst meint mit dem Volkstheater im Leipziger Westen und nicht auf halber Strecke einknicken wird. Denn immerhin hat er im Vertrag des jüngst verpflichteten Intendanten Ulf Schirmer festgeschrieben, in der Muko „die Bedingungen für qualitativ hochwertige zuschauerkräftige Produktionen zu verbessern“. Dazu gehört unserer Ansicht nach auch die Sanierung des Ranges, der dann endlich wieder von Zuschauern genutzt werden kann.

Wir werten den Entschluss des Oberbürgermeisters zuvorderst als ein Zeichen, auf berechnete kulturpolitische Forderungen der LINKEN möglichst rasch zu reagieren. Anders ist es nicht zu verstehen, dass Burkhard Jung gewartet hat, bis unser Antrag vorliegt.

Dr. Skadi Jennicke
kulturpolitische Sprecherin

Bürgerforum

zum Verkehrskonzept ZOO
am 23. Mai, 18:00 Uhr
im Beratungsraum
Zoo-Verwaltung

Mit: Dr. Junold, ZOO-Direktor
Frau Höfer, Leiterin Verkehrs-
und Tiefbauamt
Vertretern der LVB (angefragt)
Vertretern des Ordnungsamtes
(angefragt)

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro
MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr.
Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 20. April 2011 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Grenzen des Wirtschaftswachstums und die Zukunft der Arbeit. Diskussionspartner: Dr. Dieter Janke, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Di., 26. April 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Di., 26. April 2011 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: „Daß die Dinge geschehen, ist nichts; daß sie gewußt werden, ist alles.“ Egon Friedells Kulturgeschichte zwischen Objektivität und Narrativität. Mit Prof. Dr. Renate Reschke. Moderation: Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabe, RLS.

Do., 28. April 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

Do., 28. April 2011 - 16:00 Uhr

ROSA L in Grünau: Arabische Revolutionen? Mit Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 28. April 2011 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Arabische Revolutionen? Mit Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel, RLS.

Mo., 2. Mai 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 3. Mai 2011 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig und AG Betriebe und Gewerkschaften: Forum mit Mag Mompel: „Labour Net und die Gewerkschaftslinken“, Volkshaus, Schillingsaal.

Do., 5. Mai 2011 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: „Die VR China, 90 Jahre nach der Gründung der KPC“ zu Gast: Herr Berthold, Vorsitzender Rotfuchs, LHL.

Do., 5. Mai 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falcken, Bürgerbüro Coppistraße 63.

Sa., 7. Mai 2011 - 13:00 Uhr

Stadtjugendtag, gal.lery für digitale Kultur e. V. Eisenbahnstraße 109.

Sa., 7. Mai 2011 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Es wird folgender Film gezeigt: „Der 1. Mai - Berlin Kreuzberg“, Eintritt ist frei, LHL.

Di., 10. Mai 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külow und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Str. 122.

Di., 10. Mai 2011 - 19:00 Uhr

Bürgerforum mit dem Leiter des Polizeireviere Nord, Herrn Polizeioberst Thomas Kretzschmar zu Fragen der Ordnung und Sicherheit im Stadtbezirk Nord, Bürgerbüro Coppistraße 63.

Mi., 11. Mai 2011 - 18:00 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum neuen Bildungs- und Teilhabepaket (SGB II). Mit Naomi-Pia Witte, Sprecherin für Sozialpolitik der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat, weitere Experten sind angefragt, LHL.

Do., 12. Mai 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

Do., 19. Mai 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

Do., 19. Mai 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Monika Runge, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Di., 24. Mai 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Mi., 25. Mai 2011 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Aufbruch Nahost? Diskussionspartner: Prof. Dr. Hans - Georg Ebert, Orientalisches Institut der Universität Leipzig, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.



Demonstration vom Bündnis gegen Atomkraft Leipzig
18 Uhr Augustusplatz Leipzig <http://antiatom.wordpress.com>

Linksfraktion packt auch komplizierte Themen an

Statt Jammern und Meckern hat die Linksfraktion im Wissen um die Kompliziertheit trotzdem einen Antrag eingebracht, ein dezernatsübergreifendes, großräumiges und optimiertes Veranstaltungskonzept zur besseren Abwicklung von sportlichen und kulturellen Großveranstaltungen im Sportforum bei Beachtung der Anwohnerinteressen des Waldstraßenviertels zu erarbeiten. Dazu führte die Fraktion am 31. März ein Forum mit Bewohnern des Waldstraßenviertels durch. Der Einladung von Fraktion und Ortsverband waren Herr Jana, Abteilungsleiter Straßenverkehrsbehörde im Tiefbauamt, vom Ordnungsamt der Amtsleiter Herr Loris und Abteilungsleiterin für Großveranstaltungen Frau Geißler-Plog sowie von der Polizeidirektion der Referatsleiter für verkehrspolizeiliche Aufgaben Herr Richter und der Bürgerpolizist Herr

Lauchstädt gefolgt. Diskutant war auch der verkehrspolitische Sprecher, Jens Herrmann. Moderator war Siegfried Schlegel (Stadtrat aus dem Wahlkreis). Klar war, dass es für das Thema Verkehr im Waldstraßenviertel und Sportforum bisher keine Patentlösung gibt und in gemeinsamer Arbeit etwas Neues entstehen muss. So ist die Zentrumsnähe von Stadion und Großveranstaltungshalle ein riesiger Vorzug Leipzigs aber mit Herausforderungen. Deshalb wurden in drei Diskussionsrunden, in die sich die Anwohner aktiv einbrachten, die Situation analysiert und Probleme benannt. Ämter und Polizei berichteten über ihre Verantwortung und den Stand ihres Anteils an dem Veranstaltungskonzept. Schließlich wurden weitere Vorschläge in der dritten Runde auch aus der Diskussion unterbreitet. Zu den gemachten Vorschlägen gehören neben

der Ausweisung von Zonen für Anwohnerparken und Quartiersgaragen auch Information zu den Parkmöglichkeiten mit attraktiven Straßenbahnanbindungen bereits am Autobahnring. Für alle Veranstaltungen sollten Kombitickets angeboten werden, einschließlich auf dem Kleinmessegelände und Uni-Campus. Diese müssen abgestimmt organisiert werden. Für die Polizei wäre die bisher nur angedachte Fußgängerbrücke zwischen Zentralstadion und Cottaweg wichtig für die Führung von Fangruppen bei höherklassigen Fußballspielen von RasenBall Leipzig e. V.. Der Betreiber von Zentralstadion und Arena, der sich für das Forum entschuldigt hatte, muss aber eng mit eingebunden werden und entscheidend zum Gelingen des Vorhabens beitragen.

Siegfried Schlegel



Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:

Hartz IV

Notruftelefon

01578 – 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

Programm zum 1. Mai im Liebknecht-Haus-Leipzig

Zum 1. Mai 2011 werden wir im Hof des Liebknecht-Haus-Leipzig unsere alljährliche Maifeier durchführen. Bei Kaffee, Kuchen, Steaks und Würstchen präsentieren wir auch ein kleines Kulturprogramm. Als Künstler können wir den Liedermacher Prof. Dr. Paul D. Bartsch aus Halle begrüßen. Der Musiker, Autor, Medienpädagoge am Pädagogischen Landesinstitut Sachsen-Anhalt und Professor für Erziehungswissenschaft an der Hochschule Merseburg wird uns seine eigenen Lieder präsentieren. Moderiert wird die Veranstaltung von unserem Genossen Julius Späte.

Programmablauf:

15:00 Uhr Beginn und Begrüßung durch den Vorsitzenden Dr. Volker Külöw
15:30 Uhr Liedermacher Paul D. Bartsch
16:00 Uhr Kaffee, Kuchen, Steaks, Bratwürste und kleine Überraschungen
17:00 Uhr Liedermacher Paul D. Bartsch
17:30 Uhr gemütlicher Ausklang

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich.

Redaktionsschluss für die Nummer 4/2011 ist Donnerstag, 7. April 2011. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.